

Der Volksstaat

Abonnementspreis:

16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 2ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen, im Kgr. Sachsen u. Kgr. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Ersteinstellung in Leipzig
Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes.
Büchler-Expeditionen für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Wuebers,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Haf,
8. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Militär-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

Nr. 84. Mittwoch, 22. Juli. 1874.

Auch ein Gedenktag. (Zum 23. Juli.)

„Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Da draußen geht der Preuß!
Deinen Vater hat er umgebracht,
Deine Schwester hat er zur Hut gemacht,
Deinen Bruder trieb er ins fremde Land,
Das Haus hat er uns niedergebrannt!
Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Da draußen geht der Preuß!“
Badisches Wiegenlied 1849.

Es ist bei den gesinnungstüchtigen Blättern jetzt Mode geworden, den gerade auf der Tagesordnung befindlichen Helden, Heldentaten und Heldensöhnen mit „Gedenktagen“ zu schmückeln. Bald ist man von den heldenmüthigen Thaten des Königs von Sachsen Schleswig-Holstein vor 25 Jahren, bald hören wir die Heldenthaten des Prinzen Friedrich Karl lobpreisen, bald ertönen Hymnen an den Heldenreich Wilhelm I. und seinen Heldensohn Friedrich Wilhelm, die bei Sedowa die Oesterreicher geschlagen haben. Auch für uns gibt es solche Tage, an denen wir besonders das Vergangene gedenken, und zwar weil wir wissen, daß unsere Erinnerungen manchem Gegner unangenehm sind. Unsere Gedenktag sind ganz anderer Art als die unserer Gegner. So versehen wir uns heute um fünfundsiebzig Jahre zurück, in die Julitage 1849, da über die blühenden Gefilde Badens die Stürme der Revolution hinweggehaust waren und über welches nunmehr verheerend die Reaktion hereinbrach.

Die Schlacht von Waghäusel (21. Juni) war durch den Rath der badischen Dragoner unter Beckert, welche mitten im Treffen zu den Preußen übergingen, unglücklich für die von dem russischen General Mikolajewski befehligte Revolutionsarmee ausgefallen. Die russische Armee zog sich gegen die Festung Kastatt zurück und besetzte die Gurglinie, im Vertrauen auf Württembergs Neutralität. Ihr Anführer, der „Ereklionsarmee“, beschloß von den preussischen Generalen Hirsfeld, Peuder und Gröben. Beim Corps Hirsfeld handelte es sich um die Festung Kastatt, der heutige Kaiser von Deutschland, Wilhelm I., der in den Märztagen von 1848 bei Ausbruch der Berliner Revolution nach England flüchtete. Seitdem Palaste unter den Linden gab man die Aufschrift „Nationaligentum“, damit ihn der „Pöbel“ nicht zerstören sollte! Man mußte also, daß der „Pöbel“ das „Nationaligentum“ zerstören würde. Bekanntlich ließ sich Wilhelm von Hohenzollern auf seiner Rückkehr in die preussische constituirende Versammlung Wahlkreise von Wirtzig wählen.

Die Ereklionsarmee rückte gegen Kastatt vor. Am 29. Juni wurde ihr Angriff zurückgeschlagen; am 30. Juni nahm sie, indem sie das „neutrale“ württembergische Gebiet betrat, die Gurglinie wieder ein. Die Festung Kastatt ein, die von einem großen Theil der Revolutionsarmee besetzt war. Noch während der Dauer des Kessels wurden gefangene Russen erschossen! Im Gesechie wurden verschiedene Turner, die den Abzug der Revolutionsarmee deckten, von einem Kirchthum herabgeworfen und mit den Bajonetten aufgeschrien.

Kastatt kapitulierte nach tapferem Widerstand. Wie dies geschah, erzählt Bernhard Veder in seiner Reaktionsgeschichte*) wie folgt:
„Schon beorderte der Prinz von Preußen, um Dresche zu werfen, von Koblenz schweres Geschütz, als die Regierungen von Preußen und Bayern gegen die Zerstörung der Bundesfestung ihre Einsprüche erhoben. Da gerieth irgend ein Lieutenant auf den Gedanken, auf der Wurg wohlverschlossene Flaschen mit Zündhütchen hinabschwimmen zu lassen, damit die Belagerten, wenn sie diese auffingen, sich von dem gänzlichen Aufhören des Kampfes überzeugen und dadurch den Muth verlieren. Das wirkte. Unter den Belagerten fand sich der zweideutige Corvin-Wiederbühl. Dieser suchte die tapferen Freischaren zu entmuthigen und brachte dahin, daß man ihn nebst dem Major Langen damit betraute, am 18. Juli bei den Preußen als Parlamentär zu melden und bis hinaus nach Freiburg und Constanz zu reisen, um zu sehen, ob noch Entsatz möglich sei. Diese Reise machten die Generale in Begleitung eines preussischen Offiziers und zweier Ueberbringer. Corvin gab bei seiner Rückkunft den Belagerten nur Nachricht von der in Baden eingetretenen Grabsgrube, die er benachrichtigte sie auch, daß der Großherzog unterm 18. Juli eine Amnestie für Alle, welche sich bis zu einem gewissen Zeitraum freiwillig unterwerfen würden, verkündet habe.

Der Prinz von Preußen wurde ein Capitulations-Vertrag auf Betreiben Corvins abgeschlossen, in welchem den Belagerten volle Amnestie zugesichert wurde. Nun ergaben sie sich auf Treue und Glauben und die Capitulation ward am 23. Juli vollzogen. Bei der Feierlichkeit ritt der Festungskommandant Tiedemann dem Prinzen entgegen und überlieferte ihm seinen Degen. Die Kavallerie, welche abzog, und die Offiziere legten ihre Waffen auf die Erde und die Infanterie stellte ihre Gewehre zu Boden. Nachdem aber die Freischaren ihre Waffen abgegeben hatten, wurden sie Räuber und Lumpen. In der Festung eingesperrt, wo sie eine sehr harte Behandlung erdulden mußten. Die Preußen erklärten den Capitulationsvertrag jetzt für ungültig, weil denselben nicht der

Prinz von Preußen selber, sondern in seinem Namen nur ein untergeordneter Generalstabsoffizier, Major von Alvensleben, unterzeichnet hatte.“

Also geschah am 23. Juli 1849!
Die berufsmäßigen Geschichtsfälscher haben natürlich sammt und sonders diese „glorreiche“ Episode in der preussischen Geschichte mit Stillschweigen übergangen. So sagt Weber in seiner für die Schulen berechneten und eingeführten „Weltgeschichte“ mit bewundernswerther Schamlosigkeit:
„Kastatt hielt sich noch einige Wochen unter Kämpfen und Ausfällen. Als aber Mangel an Lebensmitteln und Kriegsbedarf eintrat, mußte sich die eingeschlossene Stadt auf Gnade und Ungnade ergeben!“

Das ist die historische „Wissenschaft“, wie sie unsere Aera der Unteroffiziere braucht!

Nun wüthete das Standrecht mit preussischer Virtuosität. Der hochherzige Tiedemann aus Landsbut wurde natürlich zuerst erschossen; nach ihm der Schriftsteller Eisenhans, der alte Bönning von Wiesbaden, Major Heilig, Gerhard Cromer, Ueff und viele Andere. Alle starben müthig mit dem Rufe: „Es lebe die Republik!“ während der bekannte Gottfried Kinkel den Prinzen von Preußen vor dem Kriegsgerichte hochleben ließ und so mit dem Leben davon kam. Auch Corvin wußte sich zu salviren. In Freiburg blutete Max Dortu, in Mannheim fielen Trübschaler, Streuber, Lacher, Diez und Höfer unter den mörderischen Kugeln des Standrechts.

Sollen wir unserem Gedenktag noch besondere Betrachtungen widmen? Wir glauben es nicht nötig zu haben. Wir wollen nur an das letzte Wort des jungen Dortu erinnern, der den Soldaten, die ihn zu erschießen hatten, rief:
„Schießt gut, Brüder!“

In seiner letzten Stunde brach aus dem Chaos von Gefühlen, die ihn durchstürmt haben mögen, noch leuchtend und herrlich die Liebe zu seinem Volke hervor, die Liebe zu demselben verführten und belagerten Volke, dessen Angehörige sich daneben anschickten, die Mörder des jungen Freiheitskämpfers zu werden, die die Wundungen ihrer Nordwesten auf seine Brust richteten! Was würde Max Dortu wohl denken und sagen, könnte er hören, wie die charakterlosen Hurrabschreier und Volksverräter, die heute dieselbe preussische Politik mit Hosiannah begrüßen, welche sie vor fünfundsiebzig Jahren kreuzigen wollten, könnte er heute hören, wie jene traurigen Sklavenseelen die Gräber der Standrechtsoptioner von 1849 schänden und das Andenken der Todten beleidigen, indem sie mit Hinweis auf das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte salbungsvoll andrusen:
„Es hat sich Alles so herrlich erfüllt!“

Ein Preßprozeß im Osten.

Aus Serbien. In dem vorigen Artikel beschrieb ich die Umstände, unter denen das sozialistische Blatt „Javost“ (Die Oeffentlichkeit) in Pragujewac verendete; in dem gegenwärtigen will ich Ihnen den Lauf des Preßprozeßes mittheilen, und Sie werden sich dann leicht ein richtiges Bild von der serbischen Gerechtigkeit ausüben bilden können.

Der Herr Staatsanwalt hatte sich die Arbeit leicht gemacht und sagte seine Anklage sehr kurz; er zitierte die vermeintlich gravirenden Stellen kurzweg, ohne aus ihnen mit logischen Schlüssen das Vergehen abzuleiten — er stellte seine Behauptungen so hin, als ob sie jeglicher Begründung entbehren könnten und von Jedermann schon anerkannt wären; er riß einzelne Sätze aus einem Artikel und stellte sie mit anderen willkürlich in Zusammenhang. Zum Schlusse ließ er es auch an wohlmeinenden Rathschlägen nicht fehlen. Den Widerlegungen und Bertheidigungen gegenüber verhielt er sich — wie er selbst sagte — „als wenn sie nicht beständen“.

Die Gründung des Blattes, die Arbeittheilung in der Druckerei und Redaction in seiner Anklage erwähnend, ging der Staatsanwalt zur Feststellung der „landesfeindlichen“ Richtung des Blattes über und sagte: „Schon in den ersten Nummern des Blattes erschienen Artikel, die ganz und gar der landesüblichen Rechtsauffassung entgegen sind; jede Nummer brachte Artikel, welche unumwunden sozialistische Ideen durchwehten. In der Meinung, daß er der erste Messias sei, der dieses Land im sozialistischen Geiste umformen werde, griff Markovic rücksichtslos mit seiner giftigen Feder die Hauptinstitutionen des Landes, die Nationalversammlung, die Regierungs- und Volksabgeordneten an, provozierte die Nationalversammlung und Jedermann zur Gesetzesübertretung, rechtfertigte den Aufstand gegen den Landesregenten, und schließlich ließ er in seiner Redheit auch die Verfassungsrechte des Landesfürsten nicht unberührt, vielmehr griff er sie an und verlegte sie.“ Nun ging der Staatsanwalt zur Anführung der incriminirten Stellen. Er riß aus dem Artikel, der gelegentlich der Adressdebatte im Comité zur Abfassung der Adresse erschienen war, Folgendes heraus: „Bei dieser Debatte, wie auch in allem übrigen, zeigten die Regierungsabgeordneten besondere Zuneigung, sich vor den Volksabgeordneten mit ihrer Paragrafenkenntniß breit zu machen. Anstatt als die vornehme Intelligenz in der Versammlung die Volksbedürfnisse anzuklären, wenn diese wirklich etwas nicht versehen sollten, anstatt ihre Gedanken aufzufassen und dieselben zu formuliren, — verfahren sie wie der Untersuchungsrichter, der mittelst seiner verwickelten Fragen verlegen machen will.“ Weiter: „Der einfache Anstand gebietet schließlich den Regierungsabgeordneten, sich ja mehr der Rede zu enthalten, wo es sich um Volkswünsche handelt. Sie sollten selbst wissen, wie sehr sie durch

ihre Anwesenheit in der Versammlung dieselbe vor der ganzen gebildeten Welt herabsetzen.“ Dann die Stelle: „Gewiß ist es, daß das Volk mit den einzelnen Regierungen unzufrieden gewesen und sich von ihnen los zu machen wünschte, und die Großen (Magnaten) benutzten diese Momente und forderten es zum Aufstande auf. Das Volk betrachtete es immer als sein Recht, einen Fürsten abzusetzen, der schlecht wirtschaftete, und einen andern zu ernennen, von dem es Besseres hoffte.“ Ferner der Passus: „Es gibt Leute, die nicht damit übereinstimmen, daß wir diese Nationalversammlung in Schutz nehmen, welche die Schule Radivoj's (gewesenen Ministerpräsidenten) passiert hat und die jeden ehrlichen Mann und Fortschrittökämpfer mit Prügeln bedrohte,“ die sich vor Allen beugte, was nur von der Regierung kam.“ Am gravirendsten erschien dem Staatsanwalt folgender Satz, den Markovic anlässlich der Besprechung der Gesetzesänderung und Verfassung, wobei manche Gesetze absichtlich schlecht gemacht werden, im Allgemeinen bemerkend, niederschrub: „In diesem Falle ist es Pflicht und Tugend eines jeden Mannes, solche Gesetze mit allen Mitteln zu zunichte zu machen. Und wenn der Einzelne oft nicht die nöthige Kraft dazu hat, oder solche moralische Verantwortlichkeit auf sich nicht laden darf — die Vollvertretung kann und darf und soll die todtten Gesetzesformeln vertilgen.“

Das sind alle Stellen, aus denen der Staatsanwalt einige sechs Vergehen ableitete. Es wurden nämlich Markovic als der Hauptschuldige und Stoßfische als der Teilnehmer angeklagt der Beleidigung der Regierungsabgeordneten, der Herabsetzung der fürstlichen Rechte, der Rechtfertigung des Aufstufes zur Revolution, der Beleidigung der Nationalversammlung, der Aufforderung zur Uebertretung und Abschaffung der Gesetze. Ebenso wie ich hier zusammengefaßt die Stellen angebe, hat auch der Staatsanwalt sie hingestellt, ihnen einige Ausrufungen und Entlastungsfragen folgen lassen und gleich darnach die Paragraphen angezogen, welche das Vergehen und das Strafmaß bestimmen. Zur Illustration dessen theile ich die nach dem ersten Citate gemachte Deduction mit: „Vorsätzlich wollte Markovic mittels dieser, von Angriffen auf die Regierungsabgeordneten strotzenden Ausdrücke die Stellung derselben in der Nationalversammlung lächerlich machen und sie vor der gebildeten Welt herabwürdigen — dessen nicht zu gedenken, daß ihre Stellung eine durch die Gesetze garantierte ist, und sie zu derselben durch das Vertrauen des Regenten gelangt sind. Es ist unzweifelhaft, daß dem Angeklagten selber das wohlbekannt ist, und eben dadurch offenbart sich seine schlechte Absicht.“ An einer anderen Stelle „drängt“ sich dem Staatsanwalt der Gedanke auf, daß Markovic dem Volke den Weg zeige, wie es sich den Regenten kurzerhand vom Hals schaffen könne. Weiter wieder kommt er zu der „zuverlässigen Ueberzeugung“, daß der Angeklagte unter dem Mantel des Patriotismus der Nationalversammlung die größte Herabwürdigung bereitet habe. ... Dergestalt ist die Anklage beschaffen!

Die Vertheidigung führten die Angeklagten selbst. Markovic warf dem Staatsanwalt die Oberflächlichkeit, mit welcher er bei Begründung der Anklage verfahren, vor. „Man kann nicht aus einzelnen Sätzen, die man aus der Mitte und dem Schlusse herinnimmt, kriminelles Vergehen beweisen, es ist dazu nothwendig, den Zusammenhang der Gedanken und den behandelten Gegenstand ausfindig zu machen. Der Staatsanwalt sucht nicht den Gegenstand aus, er unterschiebt den Artikeln seine eigenen Gedanken und macht dann daraus willkürliche Schlüsse. Dem Wortlaut des Gesetzes nach ist eine Herabsetzung der Regierungsabgeordneten erst dann vorhanden, wenn von ihnen unwahre, erdichtete Behauptungen gesagt werden, was in keinem Artikel der „Oeffentlichkeit“ der Fall ist. Das Ziel war einzig und allein, die Regierungsabgeordneten auf ihre delikate Stellung aufmerksam zu machen, damit sie dem Volkswillen nicht den Weg versperren.“ Die Worte von der Erhebung des Volks und der Absetzung der Fürsten hält Markovic als geschichtliche Thatsachen aufrecht und beweist das unweigerliche Recht des Volks, die Volkssouverainetät, mit Daten aus der serbischen sowie aus der Geschichte anderer Völker. Er wollte nur den Standpunkt des Volks vertreten, und das Recht der Versammlung, die Verfassung zu ändern, feststellen, welches Recht das Volk schon nach der bestehenden Verfassung besitzt. Wo von der gesetzlichen Aenderung die Rede ist, kann keine Rede sein von Gewalt. Daß der gewesene Ministerpräsident mit der Nationalversammlung unprang, wie es ihm gefiel, bewies der Angeklagte durch die Beschlüsse der damaligen Versammlung und die Meinungsäußerungen der Minister über die Abhängigkeit der Versammlung von ihnen, den Ministern; daß Serbien in dieser Hinsicht nicht vereinzelt dasteht, zeigte er an dem Beispiel Deutschlands und des Fürsten Bismarck. Die Stelle von der Uebertretung und Vernichtung der Gesetze habe der Staatsanwalt entstellt, indem er jene Auseinandersetzung lediglich auf Serbien bezog, während dort von den schlechten Gesetzen überhaupt die Rede sei; und sei das eine Theorie, welche auf den Hochschulen gelehrt würde, und daher, ob sie sozialistisch oder nicht nach dem Gesetze frei sei. Ehe man den Angeklagten zur Rechenschaft ziehe, müßten die Geschichtsschreiber, welche Serbiens Befreiung und andere Volkszustände rechtfertigen und verherrlichen, bestraft werden. Zuletzt machte der Angeklagte einige Bemerkungen über die Ausdrücke des Staats-

*) Zur Zeit Radivoj's wurde eine Vorlage eingebracht, nach welcher Preßvergehen mit Stoßfischen zu bestrafen sind! Die Verfasser dieser Vorlage sollten sich beim Fürst Bismarck in Berlin melden; der Urheber des Paragraphen 20 und des famosen neuen Preßstrafgesetzes wird ihnen gewiß praktische Beweise seiner Anerkennung und Sympathie geben. R. d. B.)

Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution von 1848.
Bend. Veder. 3. Aufl. Braunschw. B. Brack jr.

anwalts als: „Messias“, „Sozialist“, „giftige Feder“, und rechnet sich den Titel Sozialist zur Ehre. Zum Schluß charakterisierte er die Umstände, unter denen der Prozeß entstanden. Im Laufe des Erscheinens der nun incriminierten Artikel ward aus Ministerium des Innern die Frage gerichtet: warum die Polizei das Erscheinen solcher Artikel erlaubt? Der Minister antwortete, daß die „Dessentflichkeit“ derzeit keine geschwizdrigen Artikel bringe. Gleichzeitig gratulierten zwei Richter, die später Markovic unter Anklage stellten, demselben zu seiner Schreibart. Erst als einige Regierungsvorlagen von der Versammlung nicht angenommen wurden, deren Bemerkung auch „Jawost“ beantwortete, erhob sich das Geschrei gegen dieselbe und erschien der Rapport des Kriegsministers, den der Angeklagte seiner Verteidigung beifügt. Eben dieselben Thatsachen und sogar dieselben Phrasen, die in diesem Reskripte aufgesammelt sind, kommen in der Anklage vor.

Stojkovic (Theilnehmer) steht in der Verteidigung des Markovic auch seine eigene; geißelt die Taktik des Staatsanwalts, welcher anstatt der Beweisführung vom Sozialismus spricht; „der Grund liegt auf der Hand: da man unter Sozialismus gewöhnlich etwas Schreckliches, nach „Theilen“ und Vordrehen Nischen des Versteht, will der Staatsanwalt die Boreingenommenheit gegen die Angeklagten weden.“ Er führt das Reskript des Ministers des Innern an, in welchem dieser die Gedankenfreiheit, die freie Besprechung der Gesetze und des Regierungsverfahrens verspricht und garantiert. Zuletzt erinnert er an die Anklage Markovic's, daß er (Stojkovic) die Artikel vor dem Erscheinen nie durchlas — was auch er bestätigt.

Darauf ließ sich der hochgelahrte Herr Staatsanwalt also vernehmen: „Seitens des Bezirksgerichts und des höchsten Landes-(Cassations-)Gerichts ist einmal festgestellt worden, daß in den Artikeln des Markovic strafbare Stellen vorhanden und darum ist es eine abgemachte Sache, daß Markovic der Hauptschuldige, Stojkovic als Theilnehmer der Gesetzwidrigkeiten schuldig ist. Bei dieser Entscheidung konnte die Verteidigung der Angeklagten von keinem gesetzlichen Belange sein, ich übergehe dieselbe daher ganz und will nur von dem angezogenen Reskripte sprechen. Es wurde darin natürlich Niemand zum ungesetzlichen Handeln aufgefordert, der Geist des Reskripts ist vielmehr der, daß jeder Publizist im Volke die Achtung der Landesgesetze und der Ordnung pflege — er erfüllt damit seine patriotische Pflicht. Gott behüte dieses Land vor solchen Patrioten, wie es Markovic ist! Dem Stojkovic rathe ich, lieber seine Bierbrauerei zu pflegen, als die Zeit mit Studien über die Verfassung der amerikanischen Freistaaten todzuschlagen.“

Die Angeklagten erklären nach den Auslegungen des Staatsanwalts die Ueberflüssigkeit gegenwärtigen Verfahrens, wenn die Sache schon abgemacht sei; allein das Entgegengesetzte sei Gesetz und dem Gerichtshof siehe das Recht der endgültigen Entscheidung zu. Dem Staatsanwalt sei es unmöglich, die Ausführungen der Verteidigung zu widerlegen und daher sein Ausweichen. Seine Rathschläge möge er bei Anderen anbringen, die Angeklagten brauchen von ihm keine.

Der Gerichtshof zog sich zur Berathung zurück. Das Publikum wartete bis zum Abend und zerstreute sich erst, nachdem die Auditorien sich entfernt. Tags darauf wurden die Angeklagten um 10 Uhr Vormittags zur Anhörung des Urtheils vorgeladen; aber das Publikum flüchtete tumultuarisch in den Saal und ein Richter vertagte die Publikation. Den nächsten Tag um dieselbe Zeit legte der Richter dem Markovic Fragen vor und theilte erst um 4 Uhr Nachmittags das Urtheil mit, welches Ihnen schon aus meinem früheren Artikel bekannt ist. Der Richter schloß mit den Worten: „Es gibt noch zwei Gerichtsinstanzen — und es wird sich zeigen, wie diese für recht finden. Die Menschen sind nicht unfehlbar, aber wir haben es so für recht gefunden, und es gibt noch mehr Gerichte.“ Markovic fragte, ob sie das Erkenntnis in der Abschrift bekommen könnten, und der Richter antwortete: „Wir werden sehen... aber die Beweggründe haben Sie gehört und sie sind Ihnen bekannt. Menschen sind nicht unfehlbar.“ — Mit unsicherer, zitternder Stimme verkündigte der betreffende Richter das Urtheil — es war das einer von denen, die Markovic zur Zeit des Erscheinens der Artikel zu seiner Schreibweise gratuliert hatten! — Was bedeuten nun die Versprechungen der Minister? Der des Innern versprach die Rede- und Pressfreiheit, der der Justiz strenges Einschreiten gegen Richter, welche sich bei Fällung der Urtheile nach den in maßgebenden Kreisen herrschenden Meinungen richten... Die Richter haben auch gefühlt, wie's um ihre sogenannte Unabhängigkeit bestellt ist.

Es ist ein altes Thema, von dem ich geschrieben: die Verfolgungen der Freidenkenden seitens der Regierungen und die Gesetzesverletzungen der Regierungen, wenn sie ihre Gegner zu Tode plagen wollen — es sind das Sachen, die jeden Tag in dieser „besten der Welten“ geschehen, und Serbien, das unter die „Culturstaaten“ gezählt werden will, kann doch nicht ausbleiben.

Wie die Leser schon selbst gemerkt haben werden: dieser Prozeß und die von der serbischen Regierung in Scene gesetzte Verfolgung ist gegen die Ziele der „Jawost“ gerichtet und jetzt um so mehr, als die Regierung den „Einfluß“ des Blattes auf die Nationalversammlung gesehen hat und bei den nahe bevorstehenden Neuwahlen die wachgerufene Unzufriedenheit im Volke doppelt fürchtet, und die Wahl volkfreundlicher Abgeordneter um jeden Preis verhindern möchte. Allein die Regierung ist im Irrthum, wenn sie glaubt, das einmal im Volke hervorgerufene Gefühl dämpfen zu können — nein, der Gleichheits- und Freiheitsinn, die Ideen von der ökonomischen und sozialen Gleichheit sind zum Durchbruch gekommen und sie werden sich immer mehr ausbreiten, immer mehr Kraft gewinnen; es ist das ein Naturgesetz, und wir werden dafür sorgen, daß die Regierung von der Erfolglosigkeit ihres Verfahrens überzeugt wird.

Politische Uebersicht.

Das Zeitungsgehwister. Der Reptilienfonds äußert bereits kräftigste seine Wirksamkeit in den „liberalen“ Tagesblättern. Das Neueste ist nämlich, daß die Sozialdemokratie für das Riffinger „Attentat“ auf Bismarck verantwortlich gemacht wird. So schreibt Herr Zabel, der doch aus seiner Affaire mit Marx etwas gelernt haben müßte, wenn die deutschen Zeitungsschreiber überhaupt fähig wären, etwas zu lernen, in seiner „Nationalzeitung“:

„Die unablässigen leidenschaftlichen Hegerien, in welchen von Seiten der Ultramontanen und Sozialdemokraten bis in die alleruntersten Volksschichten die Staatsordnung und die persönlichen Organe derselben verdächtigt und angeklagt werden, können sich von dem Mangel der Witschuld an gelegentlichen Ausdrücken des Fanatismus Einzelner nicht befreien, weil die Schächer eben nicht in der Lage sind, alle Einzelnen in ihrer Hand zu behalten. Darum sind solche leidenschaftlichen Massenagitationen, wie sie der Mainzer Katholikenverein und die sozialdemokratische Or-

ganisation zum Ziele genommen haben, für sich selbst verwerflich.“

Dem Bismarckischen „Saubirten“ sekundirt der sächsische Particularist Herr Bierer in den „Dresdner Nachrichten“, dem Lieblingsblatte des Louisihums:

„Und wer ist der Attentäter? Ein Ultramontaner und noch dazu Mitglied eines sozialdemokratisch angehauchten Gesellschaftenvereins! Beide Umstände müssen der Sache der Clerikalen und Sozialdemokraten in der öffentlichen Meinung schaden.“

Wie einig der bismarckische Reichsannektionist und der sächsische Particularist sind, wenn es an's Verleumben der Sozialdemokratie geht!

Und diese verlogene, schamlose Sippkaste glaubt wohl, wir ließen uns mit ihr in eine Diskassion ein und wiesen ihr lang und breit nach, daß die Sozialdemokratie mit jenem „Attentat“ zu Riffingen Nichts zu thun habe? Fällt und gar nicht ein! Das hat die Sozialdemokratie gar nicht nötig gegenüber einer Klasse, in deren Mitte die notorischen Mörder des alten Kuffes heute noch als „Ehrenmänner“ wandeln und Ehrenstellen bekleiden!

Einige sehr bemerkenswerthe Geständnisse läßt sich die Bismarckische „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ entschlipfen in einem Artikel betitelt der „Bucher“. Glaube man nicht, daß da prinzipiell gegen den Bucher losgegangen wird — nein so „moralisch“ sind Bismarck's literarische Oberhausknechte nicht. Es wird nur gezammert, daß die Offiziere so oft in die Hände der Bucherer fallen, und zwar durch die famose Institution der „Ehrenscheine“, welche in Folge der „Standeschre“ im Schwange sind. Zu dieser „Standeschre“ gibt das Blatt gleich folgende Illustration:

Nicht selten kommt auch dieser Fall vor: Ein Unterhändler kommt zu einem Fährhich, der die Aussicht hat, in wenig Wochen Offizier zu werden, und bietet ihm Geld auf Wechsel an. Als das Papier unterzeichnet werden soll, wird der Faktor plötzlich bedenklich und erklärt, er dürfe nur einem Offizier Kredit geben. Die Sache sei aber sehr einfach; da der Herr Fährhich in 14 Tagen Lieutenant sei, so möge er nur „Lieutenant“ unterschreiben. War der Fährhich so unbegreiflich leichtsinnig, so erscheint einige Tage später ein ganz fremder Mensch bei dem jungen Herrn und erpreßt mit dem Wechsel in der Hand unter Drohung der Denunziation morzen Führung eines falschen Titels von demselben eine neue Unterschrift auf eine sehr bedeutende Summe lautend.

Also die Träger der „Standeschre“ geben sich „nicht selten“ mit ganz gewöhnlicher Urkundenfälschung ab. Und daran sind nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ natürlich nur die bösen Bucherer schuld und nicht die „unbegreiflich leichtsinnigen“ Offiziere, welche die „Standeschre“ zwingt, mehr Schulden zu machen, als sie „auf Ehre“ bezahlen können! Solche Posten treibt das „leitende Blatt“ der preussischen Politik. Weiter heißt es:

Als Commis voyageurs für dieselben (die Bucherer nämlich) fungiren ehemalige Offiziere, heruntergekommene und verkommene Adelige, denen es unter der Maske der theilnehmenden Kameradschaft leicht wird, unerfahrene junge Offiziere in die angestellten Rege zu treiben.“

Von alledem merkt Herr Tessendorf Nichts, der jetzt zu viel Vereine aufzulösen hat, um sich mit andern Dingen beschäftigen zu können. Wir aber glauben, die „Standeschre“ sei durch Obiges genügend charakterisirt! Und das alles trotz der fünf Milliarden, trotz der Dotationen, trotz der „Rehabilitationsgelder“, trotz der zweiten Garnitur von Dotationen aus den Zinsen der ersten und trotz der Erhöhung sämtlicher Offiziersgehälter! Es bleibt eben nichts übrig, als daß Heine's Traum vom lieben Heergott verwirklicht wird, damit die Lieutenants den Champagner aus der Gasse schlürfen können. Sonst kommen die Bucherer nicht ab!

Für die gefangenen Pfaffen, die „Opfer“ des Bismarck'schen Kulturkampfes, ist natürlich das Martyrium äußerst werthvoll und sie bekommen darin einen Heiligenschein, mit Hilfe dessen sie hoffentlich, wie der heilige Antonius von Padua, bei der Nacht die Lampe ersparen. Kürzlich hat für den gefangenen Bischof von Paderborn ein frommer Gläubiger die Strafgeleider gezahlt und das Gericht hat sie angenommen, trotz des Protestes des Bischofes, der wohl fühlte, daß so sein Heiligenschein stören ging. Indeß — die Weisheit eines preussischen Appellgerichts kann Niemand ergründen. An dasselbe Gericht ist nun folgender Brief aus Rheda (Westphalen) gelangt:

„Am 30. v. M. bin ich wegen Verlesung des bischöflichen Hirtenbriefes vom 14. März a. e. von der Gerichtsdeputation Wiedenbrück und Rheda zu acht Tagen Festungshaft und Tragung der Kosten des Prozeßverfahrens verurtheilt worden. Da ich an einem sehr schmerzlichen Halsübel leide, und die Festungshaft auf meine Gesundheit, wie ich befürchte, höchst nachtheilig einwirken könnte, so erlaube ich mir, ein königliches Appellationsgericht gehorsamst zu bitten, fufend auf die Entscheidung hochdieselben in der bischöflichen Straf- resp. Hafsache, mir hochgeneigtest mittheilen zu wollen, ob ich meine Festungshaft nicht durch einen Andern abbüßen lassen kann. Es hat sich bereits ein Mitglied meiner Gemeinde dazu bereit erklärt, sowohl die Kosten zu tragen, als auch die mir zuerkannte Festungshaft abzusitzen.“

Indem ich königliches Appellationsgericht um hochgeneigte Resolution bitte, zeichne ich mit größter Hochachtung
gehorsamst
Eoers, Pfarrer.“

Der Wig ist nicht schlecht. Herr Generalstaatsanwalt Schwarz, in's Notizbuch für den Reichstag!

— Aus der „Weltstadt“ liefert die „Volkzeitung“ folgendes Kulturbild:

„Berliner Geheimnisse. Im Norden unserer Metropole existirt eine fast noch unbekante aus 9 Häusern — nein, Palästen bestehende Straße, die Doebergerstraße genannt. Sie bildet mit ihren Bewohnern fast eine eigene Stadt, denn diese neun Häuser werden von nicht als 4000 Menschen bewohnt. In dieser Straße bergen sich zum Schreden und zur Verwirrung des Revier-Borstandes, der Beamten der Sitte und der Gemeinde-Direktion, die Prostitution, das Louisihum, die notorische Armut und das Berbrechen. So wurden neulich bei einer Razia, nicht ohne Kampf mit den Zahältern, 34 der Sittenpolizei unterstülte Frauenzimmer verhaftet und mit dem vom Volke benannten Jungfernwagen ihrem Gouvernament auf dem Wolkenmarke zugeführt.“

4000 Menschen in 9 Wohnungen! Stroußberg, herzlich, wenn er auch nicht 4000 Häuser hat, so hat er doch die Mittel, um für sich allein 4000 Häuser anzuschaffen. Ein Stroußberg ist in Bezug auf Wohnung unendlich besser gestellt, als 4000 Andere zusammen. Wenn man das Louisihum in der Doebergerstraße

beseitigen will, so wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als „Louis“ und Diebe in der Doebergerstraße zu Scheimrath à la Bagener zu befördern. Dann brauchen sie nicht mehr zu stehlen, daß sie der Staatsanwalt fassen kann, dann können „gründen“ und haben ihr „Auskommen“ als „Ehrenmänner“ Sollten ihnen die langen Finger angeboren sein, so können sie solcher Stellung ungestraft ihrem „Vatertrieb“ huldigen.

— Ueber die Handhabung des Gesetzes, „die Kinderarbeit in den Fabriken“, in Crimmitschau schreibt der „Crimmitschau Bärger- und Bauernfreund“:

„Schon mehrmals wurde in diesem Blatt über die Nichtbeachtung obengenannten Gesetzes, von hier sowie aus benachbarten Städten, berichtet. Gegenwärtig wird von den Zeitungen getheilt, daß die deutsch-preussische Regierung durch den Rath's-Ausschuß an alle Regierungen des deutschen Reichs das suchen gerichtet hat, ihre Meinungen über praktische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Gesetzes über „die Kinderarbeit in den Fabriken“ einzufenden.“

„Wie gleichfalls berichtet wird, soll sehr viel Material eingegangen sein, welches man jetzt sichtet, um beim Reichstage, wofür diesen Herbst wieder zusammentreten wird, eine darauf bezügliche Gesetvorlage einzubringen.“

„Nun, es wird Zeit, daß man sich dieses Gesetzes, welches doch bei Weitem größere Bedeutung für die Cultur des Volkes hat, als all der Kampf mit der katholischen Kirche, wenigstens weit annimmt, daß manche Herren Fabrikbesitzer die Unzulassung derselben nicht mit allzugroßer Frechheit betreiben können, wie leider jetzt Thatsache ist.“

„Wenn die Arbeiter nicht ganz ihre Macht, welche dieselbe durch ihre Unentbehrlichkeit besitzen, durch ihre Nichtorganisirtheit verloren hätten, so könnten sie jetzt schon den Herren Fabrikbesitzer soweit, wie das Gesetz die Strafe für dreimaliges Uebertreten derselben in einem Zeitraum von 5 Jahren festsetzt, die Beachtung des Gesetzes aufzwingen, aber ein Zusammenstehen der Arbeiter für ihre Interessen gibt es leider nicht. Und so muß man sich ansehen, wie manche Herren Bourgeois, welche so gern in „Culturkampf“ machen, die Gesetze, welche die wahre Cultur des Reichs bedingen, und in welchen diese Herren in Wirklichkeit etwas zu können, mit Füßen treten. Hieran zu urtheilen, könnte man annehmen, es gibt gar keine Polizei; denn man möge sich einmal die Mühe geben und in den Fabriken zu Crimmitschau nachfragen, ob diesem eben hier in Rede stehenden Gesetze die gehörige Beachtung gewidmet wird; ich glaube, da wird man selbe Erfahrung machen, als wenn man sich nach dem Lande mache der sonst heiligen Bande bei dem Stublarbeiter erkundigt.“

„Schreiber dieses weiß selbst einen Fall, wo Kinder, von der Arbeit kamen, ein Gespräch über die Lohnverhältnisse führten, welches ein — schönes — Bild gab. Der eine gab eben seinen Wochenlohn auf 27 1/2 Mgr. per Woche an, dem Zufuß, da der andere das für sehr wenig anfaß: „Ja, wie ich 12 Jahre bin, dann bekomme ich auch einen Thaler.“ Commentar hierzu ist nicht nötig.“

„Schreiber dieses glaubt, daß, wenn einmal eine strenge Kontrolle in hiesigen Fabriken gelöst würde, so viele Strafgeleider sammen kommen würden, daß davon neben dem künftigen in Stadt zierenden Deakal ein Branzer errichtet werden könnte, welchem die Namen dieser Culturkämpfer auf eiserne Tafeln graben jedesmal 8 Tage lang zur Schan gestellt werden könnten.“

„Aber Euch, Arbeiter, rufe ich zu: „Organisirt Euch!“ Man Mann, Schulter an Schulter müssen wir jenen Menschen verbienen eigentlich diesen Namen nicht), welche verartige Dinge nicht beachten, sondern mit Füßen treten, uns entgegenstellen. Ist Pflicht für einen Jeden, der sich Mann nennen will, daß da eintritt, wo für Wahrung oder Zurückoberung solcher Rechte rechte gearbeitet werden soll; Pflicht auch für einen Jeden, den Stand der Ehe treten will, da es Pflicht für einen Vater, Frau und Kinder zu ernähren. Darum Arbeiter, nach Erstes, was wir zu thun haben, der „Culturkampf“ nach Freiheit für unsere Kinder sein, dann der nach Freiheit für unsere Frauen, Mädchen und Frauen, richte ich die Aufforderung, solchen Männern die Hand zu reichen, die sich nicht scheuen, einem solchen heiligen Kampfe Theil zu nehmen. Darum, Arbeiter, Mann, Frau, Jüngling und Jungfrau, eingetreten in die Gewerkschaft!“

Die Kinderarbeit ist eine der schneulichsten Ausgeburt kapitalistischen Produktion. Aber was kümmert das die Kapitalisten? Er braucht billige Arbeitskraft, und er nimmt sie, er sie findet, unbedünnter darum, ob die Arbeiterklasse von Generation zu Generation geistig und körperlich mehr und mehr verkommt. Mögen sich die Arbeiter von den „praktischen Maßnahmen“, die da vielleicht getroffen werden zur Aufrechterhaltung des Gesetzes „über die Kinderarbeit in den Fabriken“ nicht viel versprechen. Die preussisch-deutsche Regierung braucht „Recht“ für das stehende Heer; und die dürften immer rarer werden, jemehr die Kinderarbeit in den Fabriken um sich greift. Das „Praktische“ der „Maßnahmen“ wird darin bestehen, daß mit möglicher Schonung der kapitalistischen Interessen auf Aufrechterhaltung des Gesetzes über die Kinderarbeit in den Fabriken sehen wird. Die Arbeiter dagegen, die spielen keine Rolle, es ist richtig: nun und nimmer kann der heutige Staat Interessen der Gesamtheit vertreten, er höre sonst auf zu was er ist — ein Klassenstaat. Will die Arbeiter ihre Interessen in diesem Staate vertreten wissen, dann hat sie auf ihre eigene Kraft zu verlassen, und Kraft ist ihr nur gegeben in der Organisation. Darum rufen auch wir den Arbeiter zu: „Arbeiter: Mann, Frau, Jüngling und Jungfrau, eingetreten in die Gewerkschaft!“

Bei den Unruhen um Königsberg spielt die Kreisordnung eine die liberalen Bewunderer dieser „Reform“ in Verlegenheit setzende Rolle. Es ist Thatsache, daß die Arbeiter und kleinen Bauern durch die Kreisordnung den Vorstehern und Gutsherrn auf Gnade und Ungnade überantwortet sind; und die Doeberauer „Rebellen“ hatten ganz Recht, sie sagten, man wolle sie wieder in die alte Leibeigenen zurückführen. Wie eine gewiß unverdächtige Zeugin, die Doeberger Hartung'sche Zeitung“ versichert, „sind die Klagen Landräte über Ausschreitungen der Amtsvorsteher, besonders Amtschreiber prof.“ Diese Amtsvorsteher sind aber zum Theil besitzer, bei denen die Amtseingekessenen in Dienst und Lohn so daß die Hn. Gutsherr-Amtsvorsteher in zahlreichen Fällen in eigener Sache riaten und strafen, also Kläger, Richter, Strafvolkzieher in einer Person sind — ein jedem Grundlag Hohn sprechender Zustand. Daß die Amtsvorsteher häufig mißbraucht worden ist, und zahlreiche willkürliche Verurteilungen stattgefunden haben, wird indirekt auch von dem Rath des Kreises Königsberg in seinem Erlaß vom 7. v. zugestanden.

und zwar durch folgenden Passus: „Bei der Neuheit und Unge-
wohntheit der Einrichtung der Amtspolizei wird es sich aber auch
empfehlen, darauf aufmerksam zu machen, daß Beschwerden über
die Handhabung der Polizei nach wie vor beim Landrath anzubringen
sind und ich angeordnet habe, um stets Ueberblick über
das, was im Kreise vorgeht, zu haben, daß mir von jeder vorläufigen
polizeilichen Inhaftierung, sowie von jeder festgesetzten
polizeilichen Gefängnisstrafe, unter Angabe der Person, des Grundes
und der Dauer der Haft resp. Strafe sofort Bericht erstattet wird.“
Nun, obgleich nun hier das Uebel ziemlich unverblümt anerkannt
ist, wird man die „Rebellen“, welche sich gegen das Uebel auf-
lehnten, doch „mit der Schärfe des Schwerts“ — treffen. Das
ist so der Lauf dieser besten der Welten.

— Man schreibt uns aus Luze (Böhmen) unterm 6. Juli:
„In unserem Königreich beginnt es auf dem politischen Gebiet
etwas lebendiger zu werden als je zuvor. Das Volk lernt ein-
sehen, daß die seitherige Taktik seiner Führer nichts nur nicht ge-
bessert, im Gegentheil von Tag zu Tag die sozialen, politischen,
religiösen und wissenschaftlichen Verhältnisse bedeutend verschlimmert
hat. Vor ungefähr einem Jahre ist es unter den tschechischen
Abgeordneten zur Spaltung gekommen; ein Theil war für Be-
schlaffung des Landtags, überhaupt für die Aktivitäts-Politik, da
sie hinreichend die Erfahrung gemacht haben, daß die österreichische
Staatsmaschine doch ohne die tschechischen Abgeordneten arbeiten
kann, umso mehr, als die Opposition, schwach wie sie ist, dem reaktionären
Geiste nicht Stand halten kann. Auch hofft die Aktivitäts-
partei (welche nebstbei bemerkt weder Organisation noch Pro-
gramm hat!) unter den Deutschen Gesinnungsgenossen zu finden.
Der andere Theil will die Passivitäts-Politik (Organ „Politik“)
oder die Politik des Nichtstuns. Es wird sich aber Niemand
darüber wundern, der weiß, daß die Passivität aus Keinen,
höheren und allerhöchsten Dingen besteht. Es versteht sich von
selbst, daß wir Arbeiter, das Volk, mit den Eszignanten über-
einstimmen, denn mit dem Sichgehenlassen der Dinge wird nichts
erreicht. Aber verhehlen dürfen wir uns nicht, wenn wir die in
allen böhmischen Blättern veröffentlichte Kandidatenliste von links
und rechts überschauen, daß wir es mit der — im weitgehendsten
politischen Sinne des Wortes — Bourgeoisie zu thun haben.“

Seit der 80-jährigen Herrschaft der Bourgeoisie haben wir
hinlänglich die Ueberzeugung gewinnen können, was die Bourgeoisie,
die sich ja auch gern Republikaner, Radikale, Demokraten oder
Liberalen nennen, unter dem Wort „Freiheit“ verstehen: sie wollen
die Freiheit für sich, aber Unfreiheit für die Arbeiter. Treffend
sagte es den Bourgeois im deutschen Reichstag unser Freund
Rebel: „Sie gehen weder in's Wasser noch in's Feuer für die
Freiheit; Sie lieben die Freiheit wie man ein Stück Möbel liebt.“
Die besitzende Klasse trachtet nur für sich nach der Freiheit.

Daß wir nicht Anlaß haben, von unseren Volkswählern oder
Jungtschechen, die uns liberalen nennen, viel Freiheit zu
erwarten, wird jedem klar sein, der die liberal sein sollende und
wollende „Narodni Listy“, das größte böhmische Organ, liest.
In genannter Zeitung findet man niemals einen Beitrag zur
Beseitigung des Elends, in welchem das Volk steht, jedoch aber
regelmäßig die Hoffnung ausgesprochen, wenn irgendwo einen
Aufstand die besitzende Klasse beschließt, daß es der Polizei ge-
lingen werde, denselben zu unterdrücken. Und wenn gar die ellen-
langen Leitartikel über die Annäherung der französischen Republik
die Augen nicht öffnen, der ist überhaupt nicht im Stande, selbst-
ständig zu denken. Der Inhalt der in Rede stehenden Artikel
läßt sich in folgendem zusammenfassen: Die Kommunisten sind
das allerschlechteste, vaterlandslose, unpatriotische Petrol-umgeständel
und dergl. Thiers ist unser Gott, er ist der freisinnigste, voll
heiliger Liebe für das Vaterland und überhaupt der gerechteste
Mann von der Welt, und Gambetta ist sein Prophet! Die
Kriemehelung der Tausenden von Weibern und Kindern war
Patriotismus.

Das Schlimmste ist, daß unser Organ „Delnich Listy“ zur
Berichtigung nichts thun kann. So waren z. B. in Nr. 9 sämtliche
Artikel bis auf einige Lokalkorrespondenzen der Censur ver-
fallen. Nr. 10 dergleichen. Nr. 11 blieb vollständig aus und
erst Nr. 12 fand Gnade. Bourgeoisblätter beschimpfen uns, und
wir dürfen uns nicht vertheidigen. So im Königreich Böhmen
im Jahre 1874. Die hochverrätherischen Artikel waren folgende:
1) Sozialismus und Kommunismus. 2) Der Congress der öster-
reichischen Arbeiter. 3) Die Einheit der österreichischen Arbeiter.
4) Die Verhältnisse der Metallarbeiter in Prag und Umgebung.
Wir slavischen Arbeiter müssen, um nicht geprellt zu werden,
unsere freisinnigstehenden Liberalen stark bewachen, damit sie die
versprochenen Freiheiten, wie Wahlrecht, unentgeltlichen Schul-
unterricht (mehr haben sie noch nicht zugesagt) unverfälscht dem
Volke geben. Wir wollen also sehen, ob unsere Jungtschechen von
anderem Kaliber sind als Laotz und Consorten.

— Unterm 16. Juli meldet man uns aus Graz die Auf-
lösung des dortigen Arbeiterbildungsvereins und der sämtlichen
Bachvereine; Hausdurchsuchungen fanden statt und was der Polizei in
den Kram zu passen schien, wurde konfisziert. Das Militär war
konfignirt und mit schärfen Patronen versehen, außerdem waren
zur Verstärkung noch zwei Compagnien Infanterie requirirt wor-
den. Trotz dieser Provokationen verhielten sich die Arbeiter ruhig;
das hohe Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse im Auge, gelüftete
ihnen nicht darnach, unnützig Weise ihr Blut zu vergießen.

Schüler Congress der social-demokratischen Arbeiterpartei.

Die Vorversammlung wird Sonnabend Abends um 9 Uhr —
in Rücksicht auf des Eintreffens des letzten Bahnzugs um 2 Stun-
den später als im Programm festgesetzt — von Geib mit einer
kurzen Ansprache eröffnet, in welcher er die Zuversicht ausdrückt,
daß der Congress seine Aufgabe trotz der schwierigen Zeitverhält-
nisse zum Vortheil der Partei erledigen werde. Hierauf ergriff
unser Veteran Wintersberg das Wort, um im Namen der
Coburger Mitglieder die Delegirten zu begrüßen. Nach einem
wohlgeleiteten Willkommenswort des Sängers des Coburger Arbeiter-
vereins wurde zur Wahl des Bureaus geschritten. Mit Akklama-
tion wurde, nachdem Geib als Sekretär und Vertreter des Aus-
schusses den Vorsitz abgetreten, Bahleisch zum ersten, Wotteler
zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Ob sich hierauf Dr. Sy,
Wohlhorn, Bernstein, Burckhardt, Dr. Staum und
Tauscher zu Schriftführern und Eckstein zur Führung der Red-
nerliste vor Angenommen. Die Mandatprüfungskommission wird
zusammengesetzt aus 5 Mitgliedern: Auer, Geib und Ried und
soll dieselbe ihre Funktionen bis 11 Uhr folgenden Tage (Sonntag)
erledigen. Betreffs der in der öffentlichen Volksversam-
lung zu beantragenden Resolutionen wird festgesetzt, daß die Re-

ferenten und Correferenten Lieblich und Wotteler (politische
Stellung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei) Jock und Grillen-
berger (die industrielle und ländliche Arbeiterfrage) sich eine halbe
Stunde vor Beginn der Volksversammlung, also um halb 3 Uhr
Nachmittags, Sonntag, zusammentreten um sich über den Wort-
laut zu verständigen.

Die Reihenfolge der Tagesordnung und Geschäftsordnung wird
wie folgt festgesetzt: 1) Bericht des Ausschusses und der Control-
kommission; 2) Bericht der Mandatprüfungskommission; 3) Bericht
über den Stand der Parteiblätter „Volkstaat“ und „Sozialdemo-
kratisches Wochenblatt“; Anträge hierzu; 4) Wahl des Parteivor-
orts, sowie des Orts der Controlkommission. — Die Reihenfolge
der übrigen Punkte wird späterer Beschlussfassung vorbehalten.

Nachdem noch beschlossen worden, daß Anmeldungen zum Wort
schriftlich einzureichen, daß die Redezeit, vorbehaltlich sich etwa als
nothwendig ergebender besonderer Ausnahmefälle, auf 5 Minuten
zu beschränken, und daß kein Redner über denselben Punkt der
Tagesordnung mehr als 3 Mal das Wort ergreifen könne, wird
die Vorversammlung gegen 11 Uhr geschlossen.
Anwesend waren 50—60 Delegirte.

Gewerksgenossenschaftliches.

Gewerksgenossenschaft der Maurer u. Zimmerer.

Mürnberg. An die Gewerkschaft nach Gotha sind nicht 7 Thlr.
8 Ngr., wie in Nr. 79 des „Volkstaat“ angegeben ist, sondern
7 Gld. 8 Kr. gefandt worden.

Johann Kalb, Bevollm., Schlinglingerweg 65.

Correspondenzen.

Waldheim, 14. Juli. Nicht länger kann ich über die Pflicht-
vergessenheit unserer hiesigen Parteigenossen schweigen, wenn ich
nicht selbst der Pflichtverletzung mißthätig werden will; unsere
Partei ist eine Partei des Kampfes gegen alles Unrechte, Unwahre,
und so halte ich es für meine Pflicht, als Kampfgenosse mich
zunächst gegen das Unwahre im engern Familienkreise, gegen unsere
unrechten Parteigenossen zu wenden. Schon seit geraumer Zeit ist
uns durch „übermäßige“ Theilnahme die Versammlung unmöglich
geworden, erst vor 8 Tagen hatten wir wieder eine täglich be-
suchte Versammlung. Der Eine stößt sich an zweideutige Personen,
dem Andern paßt das Lokal nicht, der Dritte will nicht gern einen
schönen Sommerabend opfern; ein Viertes grollt, daß wir keine
Volksversammlung zu Stande bringen u. s. f. In den meisten
Fällen scheint es mir Furcht zu sein, sich zu compromittiren.
Einige Fälle gibt es auch, wo nothwendige Arbeit oder Krankheit,
Geschäftsreisen entschuldigen. Die Wenigen, welche noch die Ver-
sammlungen besuchen, kommen so spät, daß der Ueberwache die
Eröffnung nicht mehr gestattet. Noch einige bezahlen nicht einmal
die paar Pfennige Steuer. — Wo seid Ihr alte bekannte Ge-
sichter, die Ihr Euch, gleichsam wie zum Schwur, die Hand gereicht
habt, mit dem Versprechen, die Parteimitgliedschaft Waldheim
wieder zu verjüngen? Habt Ihr diesen feierlichen Act so schnell
vergesen? Ihr zahlt eure Steuern. Damit ist's nicht allein
gethan; nicht halbe, ganze Parteigenossen laßt uns sein, auf daß
wir der Welt ein gutes Beispiel geben. Nicht dadurch, daß Ihr
Euch zurückzieht, könnt Ihr der Partei nützen; wenn Ihr da seid,
könnt Ihr einen moralischen Druck ausüben auf die schwankenden
Elemente, durch musterhafte Pflächterfüllung könnt Ihr die Mit-
gliedschaft säubern. — Wo seid Ihr, die Ihr das Zeitungsjournal
angeregt habt, wodurch wir uns so unsterblich blamirten? Wenn
Ihr nicht einen schönen Abend zum Opfer bringen könnt, wie
wolltet Ihr die riesenhaften Opfer, welche eine Arbeiterzeitung
beansprucht, zu bringen im Stande sein (Dieselbe Frage richte ich
an die Steuerrestanten). Habt Ihr denn aus unsern Kämpfen
Nichts gelernt? Wir brauchen nicht so weit zurückzugreifen; ab-
gesehen von der Pariser Commune, da habt Ihr einen Franz
Borntau, welcher als geistiger Proletarier seiner Ueberzeugung zum
Opfer fiel, da habt Ihr einen Räuber, der dem Eifer seiner guten
Sache unterlag; und da hat unsere Partei Beispiele genug an
Leuten, welche lieber ihr Leben im Gefängnisse vertrauern, als
daß sie der begeisterten Freiheitsidee abtrünnig würden und sich
ein gemächliches Dasein verschaffen wie Andere, die für Geld
Lügen schmieden. Jenen braven Männern paßt jedes Lokal, auch
das Gefängniß, wo es gilt, unsere Interessen zu wahren. Wollt
Ihr noch Beispiele? Blickt nach München, Nürnberg, Königsberg,
jene Genossen verzehnten sich im heiligen Kampfe, während wir
uns feig vertiechen, wo noch keine Gefahr vorhanden ist, während
wir den Posten verlassen, wo uns noch kein Feind auf den Leib
rückt. Eine leere Rede ist es auch, wenn man entfristet jurist-
trirt, weil keine Volksversammlung zu Stande kommt. Wir können
doch keinen Agitator aus der Erd stampfen? Seid Ihr denn
Erfolganehmer? Verständigt Euch über diesen Punkt mit der
Polizei, welche alle unsere Redner abfängt. Das Waldheimer
Proletariat müßte bald wissen, um was es sich handelt, denn die
tüchtigsten Kräfte haben wir hier gehabt, und wenn das unser
Zweck ist, Reden zu hören, so kommen wir nicht zur That.
Reden machen den Volkstaat nicht aus, sondern vernünftige Or-
ganisation. Hier wird eine niedliche Anzahl Arbeiterblätter gelesen.
Allein wo bleiben die Leser? Wenn die Leser alle sich vereinigen
(und sie müßten doch unsern Zweck kennen), so hätten wir eine
ansehnliche Mitgliedschaft. So richtet der Einzelne nicht viel aus
und wird desto mehr verfolgt, weil die Masse fehlt, die Masse
kann man nicht so leicht erdrücken. Lange war ich im Zweifel,
ob ich für unser Ortsinteresse den „Volkstaat“ so sehr in An-
spruch nehmen durfte, allein das Hiergelegte paßt auch noch auf
manchen Leser außerhalb Waldheims. Jeder sollte sich bestreben,
neue Mitglieder anzuworben, so fehlen noch Viele, die sich Sozial-
demokraten nennen! Steuern zahlen, in den Versammlungen mit-
wirken, jedes Sonderinteresse dem Parteinteresse zu opfern, auf
gesetlichem Wege die Freiheit erzielen, das verlange ich von Euch,
oder ich sage es Euch in's Angesicht: Ihr seid keine Sozial-
demokraten.
Adolph Lepp.

Altenburg, 20. Juni. Die Agitation in der Partei.
Auf die verschiedenartige Weise wurde schon über Agitation
gesprochen, sowohl in Zeitungen, als auch in Versammlungen und
auch auf den Bierbänken. Auf welche Weise von gewissen Seiten
agitirt wird, mit welchen Mitteln gewisse Parteien ihre Ziele zu
erreichen suchen, mit welcher Kraftanstrengung man bei Wahlen
seine Candidaten durchzusetzen sucht, das ist ganz bestimmt fast
jedem bekannt. Es haben ja die Meisten selbst schon solche
Gatstropfen durchgemacht. Was bieten z. B. die Nationallibe-
ralen auf wenn es gilt, ihre „Volkvertreter“ — man möchte
fast lieber sagen „Volkserreiter“ — in den Reichs- oder Land-
tag zu bringen. Drängt sich da Einem nicht unwillkürlich die
Frage auf: „Wie steht es denn mit der Agitation in der social-
demokratischen Partei?“ Die Antwort auf diese Frage dürfte

gerade nicht sehr günstig ausfallen. Freilich mag man darauf
antworten, daß das Resultat der letzten Reichstagswahlen ein
sprechender Beweis dafür ist, daß von unserer Partei keine
Ruhe und keine Gefahr gefehlt wurde, um wahre Volks-
vertreter, unermüdete Kämpfer für Recht und Wahr-
heit in den Reichstag, von dem das Wohl und Wehe des Volkes
abhängt, zu schicken. Das ist ganz richtig; das Resultat ist auch
ein sehr erfreuliches. Ist es aber nicht unbedingt nothwendig, auch
in ruhigeren Zeiten allerorts für die Verbreitung unserer ge-
rechten Sache zu wirken? Dieses muß jeder Parteigenosse als
unumgänglich nothwendig bezeichnen. Man betrachte sich Ultramon-
tanismus und Liberalismus, mit welcher Mühseligkeit arbeiten sie
allerorts für ihre Parteinteressen. Der letztere wird von den
Regierungen auf alle Art und Weise begünstigt. — Wie verhalten
sich die Regierungen gegen die Socialdemokratie? Daß sie diese
nicht unterstützen, das läßt sich ja gar nicht anders denken; man
läßt sie ja nicht einmal wirken wie die andern Parteien, sondern
sie streben dahin, die Socialdemokratie auszurotten, zu
vernichten, aber die Herren machen die Rechnung ohne den Wirth.
— Man kann allerdings diese Leute einlernen, auf jegliche Weise
verfolgen, aber ihre Ueberzeugung ist zu fest eingewurzelt, als daß
man sie ihnen dadurch entreißen könnte. — Ist es da nicht noth-
wendig, mit viel größerem Eifer allerorts zu wirken in unserer
Partei, als unsere Gegner; ja es ist die unmittelbare Folge, wenn
man die Verfolgungen, die gegen die Socialdemokratie eingeleitet
sind, und noch eingeleitet werden, in's Auge faßt. Bedarf es nicht
immer eines Ansehens, einer Auspornung, um nicht zurückzutreten
von dem Kampfgesilde des Rechts. Müßen nicht kleinere Mitglie-
dschaften gestärkt und gekräftigt werden, auf daß sie nicht noch
kleiner werden, oder ganz verschwinden, sondern damit sie in die Höhe
kommen, feste Wurzeln fassen und frische Zweige treiben. — Sehr
zu beherzigen sind für uns die Worte des „Mannes des Schwei-
gens“ — genannt Wollte — welche derselbe: aussprach gelegentlich
einer Berathung des Militärgesetzes, und welche lauten: „Schützen
wir das, was wir in einem halben Jahre errungen (er spielte
nämlich auf die „Einverleibung Eszaf-Polthringens“ an) ein halbes
Jahrhundert mit unseren Bajonetten! — Allerdings haben wir
nichts mit Bajonetten zu beschließen, aber auf andere Weise können
wir unsere kleineren Mitgliedschaften nicht nur vor allensätziger
Berminberung schützen, sondern sogar kräftigen. Auf welche Weise
dieses geschehen könnte, ist gar nicht schwer zu enträtheln. Man
schicke von maßgebender Seite Agitatoren auch öfters in klei-
nere Mitgliedschaften, dann werden dieselben doch wenigstens
kleiner an Anzahl, sondern es wird auch noch gar Mancher, der
noch nicht bei unserer Fahne ist, sich uns anschließen; es werden
auch solche, die noch nicht fest genug sind, hereinbrechenden Stür-
men trotzen und begeistert und angespornt werden für die ge-
rechte Sache. Alt, aber auch wahr ist das Sprichwort: „Ein
Baum, der gute Früchte tragen soll, muß auch sorgsam gepflegt
werden!“ Gar mancher Boden befindet sich noch im deutschen
Reich, der fruchtbringend wäre für unsere Partei, es fehlt ihm
nur regelmäßige und richtige Bearbeitung. So z. B.
möchte ich ansühren die Stadt Altenburg. Auch in ihr befinden
sich eifrige und unermüdete Kämpfer für die Socialdemokratie.
Leider aber nur eine geringe Anzahl. Würde diese Stadt vielleicht
alle vier bis sechs Wochen einen Agitator unserer Partei als Re-
ferenten über irgend welchen Punkt erhalten, die Mitgliedschaft
würde ganz bestimmt gehoben werden; diese Versicherung glaube
ich geben zu können. Erst vor Kurzem wurde von den Mitglie-
dern der Socialdemokratie obengenannter Stadt eine öffentliche
Mitgliederversammlung einberufen; als Tagesordnung figurirte:
„Ueber die verflozene Reichstagsession“, als Referent hierüber
wollte ein Agitator erscheinen. Die auf den vom Referenten an-
gegebenen Tag anberaumte Versammlung war ganz neit besucht,
aber — der erwartete Referent erschien nicht. Kar der Unsticht
des Vertrauensmannes derselben ist es zuzuschreiben, daß diese Ver-
sammlung nicht Fladlo gemacht; er bereitete sich nämlich auf einen
möglichst hohen eintretenden Fall vor, und referirte in ge-
lungener Weise über oben angegebenes Thema. Hier muß ich noch
einsprechen, daß schon ein ähnlicher Fall dagewesen ist; ein hiezu
verschiedener Redner erschien wohl, aber ein Stück Zeit später
als angegeben und die Versammelten warteten darauf. Daß mehrere
solche Fälle dazu angethan wären, einer ohnedies nicht großen
Mitgliedschaft den Todesstreich baldigt zu verlegen, das ist gar zu
leicht möglich. Trage man Sorge, daß man Agitatoren
auch kleineren Mitgliedschaften von Zeit zu Zeit schicke,
man vergesse aber auch nicht oben angeführte Stadt.
Daß dieser Boden für eine Arbeiterbewegung nicht unfruchtbar
ist, das beweist das nette Contingent des Allgemeinen deut-
schen Arbeiter-Vereins“, das sie stellt. Die guten Folgen werden nicht
ausbleiben, es wird noch mancher uns Herustehende sich zu unserer
Fahne begeben, und daß wir recht stark werden mögen, das ist ja
jedem Parteigenossen Wunsch. Sind wir dieses einmal, dann
können wir allen Stürmen ruhig die Stirne bieten, dann werden
auch bessere Tage für das Volk kommen. — Auf Ihr Arbeiter,
rafft Euch um das Banner des Rechts und der Freiheit
und einigt Euch!
A. W.

Erlangen, 12. Juli. Wie vor einiger Zeit schon im „Volk-
staat“ bekannt gegeben wurde, ist die hiesige Partei durch „Bols-
trafsbeschlus“ am 2. Mai aufgehoben und gegen sämtliche Mit-
glieder der Partei Strafanzug gestellt worden. Der Vertrauens-
mann legte sofort Recurs bei der kgl. Regierung ein, aber bis
jetzt ist noch kein Bescheid eingetroffen. Wir hielten am 21. vor-
monats eine Volksversammlung ab, in welcher Parteigenosse
Grillenberger aus Nürnberg und Löwenstein aus Firth referiren
sollten. Tagesordnung war: „Das bayerische Vereins- und Ver-
sammlungsrecht, und dessen Anwendung auf verschiedene politische
Corporationen.“ Besucht war die Versammlung trotz des schönen
Wetters von nahezu 400 Personen. Nachdem als erster Referent
Grillenberger beinahe 2 Stunden gesprochen, fiel es auf einmal
dem anwesenden Polizeikommissar ein, die Versammlung zu schließen.
Grund dazu war wahrlich nicht vorhanden, oder es müßte die
Aussprechung des Referenten dem Commissar nicht zugesagt haben,
die derselbe unter Hinweis auf die Zuschrift des Magistrats, worin
wie als sicherheitsgefährlich hingestellt wurden, that: Er sehe darin
gleichsam eine Beleidigung des arbeitenden Volkes, da man an-
nehmen könne, die Arbeiter wären lauter Räuber und Spießhüben.
Der Polizeikommissar forderte sofort den 1. Vorsitzenden, Herrn
Löwenstein, auf, dem Redner das Wort zu entziehen, was selbst-
verständlich der Vorsitzende nicht that, worauf die Versammlung
geschlossen wurde. Gleich darauf, am 27. Juni, wurde eine zweite
Versammlung einberufen. Als erster Punkt der Tagesordnung
figurirte die Auflösung der letzten Volksversammlung, und wieder
referirte Grillenberger. Merkwürdigerweise gebrauchte er dieselben
obigen Worte, und derselbe Commissar war anwesend und die
Versammlung wurde nicht geschlossen. Es schien, als hätte der
Commissar seinen Mißgriff eingesehen. Wir hatten den Nutzen,
daß die Versammlung von nahezu 700 Personen besucht war,

